

Exzellenz-Vernichter

Das Privilegien-System schlägt zurück

Streikzeit. Im Fernsehstudio sitzt ein älterer Professor, ein Fels der Selbstgewißheit – ihm gegenüber die junge Asta-Vertreterin, die „Linke“ in diesem Tableau. Und die Ironie ist so massiv, daß niemand sie bemerkt. Der Konservative und die Aufbegehrende fechten Seite an Seite für den Status quo. Wer den Status quo verteidigt, der verteidigt Besitzstände und Privilegien; das ist so seit Menschengedenken, seit die römischen Patrizier den Plebejern vor der Stadt einredeten, daß sie gegen eine Ordnung anrannten, die richtig und rechtens sei. Das Stillstands-System namens Universität ist aber nur ein Problem; das verwandte und tiefere der neu-deutschen Universität ist der Zusammenprall zweier Prinzipien: Egalität contra Exzellenz.

Kaum eine andere westliche Gesellschaft hat sich so sehr dem Gleichheitsprinzip verschrieben wie die deutsche. Dessen Vorteile zu rühmen, fällt nicht schwer: keine Armut wie in den Slums von Detroit, Liverpool oder Paris; engmaschige soziale Netze, hohe Durchlässigkeit und relativ niedrige Einkommensgefälle. Doch was der Gesellschaft gut tut, ist nicht gut für die Universität, beruht die doch auf dem entgegengesetzten Prinzip der Exzellenz und Auslese. Hier müssen, absolut richtig, möglichst gleiche Startchancen geboten werden; hier dürfen nicht Herkunft und Einkommen den Zugang verbarrikadieren. Doch jenseits des Selbstverständlichen muß das Gegenteil von Gleichheit gelten.

Der Student ist nicht dem Lehrer gleich. Es sind auch nicht die Professoren gleich; es muß deutlich sein, wer faul und unbegabt, wer brillant und fleißig ist – diesen als Belohnung, jenen zum Ansporn. Das trifft auch zu für die Studenten und die Universitäten unter sich. Denn es gilt die kalte, aber unwiderlegbare Einsicht in die Natur des Menschen: daß der Wettstreit die Leistung beflügelt. Auch auf sozialdemokratischen Parteitagen gibt es Kampfabstimmungen.

Freilich wird Leistung schnell als „Leistungsdruck“ verdammt, und Konkurrenz als „Ellenbogengesellschaft“. Doch die Universität, als Spitze der Wissenserzeugung und -vermittlung, lebt vom Leistungsdruck wie das Segel vom Wind. „Noch besser!“ müßte auf ihren Portalen stehen, gleich neben „Freiheit von Forschung und Lehre“.

Doch hat die deutsche Universität, zumindest in den letzten 30 Jahren, das Prinzip Exzellenz weitgehend verdrängt. Das ist auch nicht zuvörderst ihre Schuld. Wie sollte denn das Gebot der Gleichheit ausgerechnet vor ihrem Tor haltmachen, wo doch der Staat,

der die Universität alimentiert und reglementiert, letztlich die Befindlichkeit der Gesellschaft verwaltet?

Wir sagen „Gleichheit“ und deshalb: Jeder darf studieren, der ein Abitur hat; derweil steigt die Abiturientenquote von fünf auf 30 Prozent. Wir sagen „soziale Gerechtigkeit“ und verfügen die Abschaffung der Studiengebühren wie auch direkte Subsidien, die einen erklecklichen materiellen Anreiz zum Verweilen liefern. Die Folge: zwei Studenten sitzen statistisch auf einem Stuhl; der Lehr- und Lernbetrieb in den Massenfächern wird zur Absurdität. Wir bejahen die Gleichheit der Lebensbedingungen von Studierenden und Produzierenden, und wundern uns, daß immer mehr Studenten das Studium als „Zweitjob“ auffassen, derweil sie im ersten für ihren Lebensstandard arbeiten.

Wir wünschen Demokratie – und schaffen ein neo-korporatives Gremiengeflecht, in dem jeder jeden zu Fall bringen kann. Wir türmen im Namen der Gleichheit (An)Rechte auf, die natürlich von Studenten und Professoren eingeklagt werden; dabei verblassen die Pflichten namens Studienfleiß und Exzellenz bei Forschung und Lehre. Wir scheuen uns nicht, Zehnjährige fürs Gymnasium auszulesen, aber 19jährige genießen diesseits vom numerus clausus freien Zugang zur Hochschule. Ob reich oder arm, müssen Eltern für den Kindergarten bezahlen – fürs Studium aber nicht.

Der Exzellenz-Vernichter par excellence: Wie in geheimer, wenn auch wohlmeinender Verschwörung hat die Gesellschaft entschieden, die Folgen einer ebenso verkrusteten Wirtschaftspolitik den Universitäten aufzuladen. So wird die Hochschule für viele nicht zum Bildungshort, sondern zum Verschiebebahnhof zwischen Jugend und Arbeitslosigkeit – gut für die Kids, schlecht für die Uni, nimmt sie damit doch eine Sozialfunktion ein, die mit dem Lehr-, Lern- und Leistungsauftrag frontal kollidiert.

Der Verschwörung zweiter Teil, die große Lüge: Die Gesellschaft war zwar willens, das Tor zur Uni weit zu öffnen, aber nicht die Angebotsseite zu bedienen. Seit 20 Jahren bleibt die Alimentierung gleich: rund 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Folge hat uns der verflossene Staatssozialismus gezeigt: Wer mit Niedrigpreis und Subvention die Nachfrage reizt, kann sie nur durch Rationierung oder Qualitätsverlust befriedigen. Da Rationierung (außer bei NF-Fächern) nicht sein darf, folgt zwingend der Qualitätsverlust. Wir kennen die Zahlen: 100 Leute im Seminar, immer mehr Studenten

pro Professor. 38 waren es 1975, 68 im Jahre 1995. Das Lamento über den Absturz der deutschen Universität als Modell für den Rest der Welt darf man sich hier ersparen.

Wenn der Streik vorbei ist, wird sich an dieser Front auch nichts geändert haben. Im Gegenteil: Überall werden die Stellen zu Hunderten gestrichen. Was dann passiert, hat uns der defunkte Staatssozialismus auch gelehrt: die Rache des Marktes, der zum Schluß sein Recht bekommt. Ein kostbares Gut wie die Hochschulbildung wird gleich doppelt von seinen Nutznießern bezahlt werden müssen: ideell durch Konzentration und Einsatz; finanziell durch Gebühren. Und dann werden die Studenten auch mehr von den Professoren fordern.

Es wird Gebühren geben – während des Studiums oder danach. Nicht nur wie in Amerika, wo auch die Staat-Unis Geld nehmen, sondern auch wie in Australien und England, wo die Sozialdemokraten Gebühren eingeführt haben oder es planen. Es wird getrennt werden zwischen Bedürftigkeit und Befähigung. Der Zugang ist *need-blind*, wie es an den „Eliteschmieden“ Harvard und Stanford heißt; hinterher wird entschieden, wer wieviel zahlen muß oder gar ein Vollstipendium bekommt. Denn es ist nicht gerecht, wenn der Sohn des Bosses genausowenig bezahlt wie die Tochter seiner Putzfrau. Es wäre auch nicht gerecht, und ein Schaden für die Gesellschaft, wenn die Begabten auf das Studium verzichten müssten, weil das Geld fehlt.

Doch ungerecht ist auch das Privilegiensystem, das an der deutschen Uni die breite Mitte subventioniert und all jene, die kraft Studium hinterher ein Mehr an Einkommen und Sozialstatus genießen. Just dieses Privilegiensystem aber reproduziert sich immer wieder selbst – siehe die merkwürdige Allianz zwischen Studentenführern, Rektoren und Professoren. Das Leben ist angenehmer ohne frühe Zwischenprüfung, ohne Hochschulrat, der die Gremien konterkariert, ohne Experimentierklausel, die Konkurrenzdruck durch die Freiheit der Vielfalt aufbaut. Das ist ein breites Bündnis, und es ist immer viel einfacher, den Armen und Schwachen die Besitzstände zu nehmen als der wahlentscheidenden Mittelschicht. Deshalb wird weitergelogen – wie es all die Politiker tun, die sich kostenlos mit den Streikenden solidarisieren. Die Wahrheit ist: Die Universität ist keine Sozialanstalt.

JOSEF JOFFE